

Süddeutsche Zeitung, 30.07.2012

Bitte schreddern

Ein linker Lehrer verlangt, dass seine Akte beim Verfassungsschutz vernichtet wird

München — Dieser Mann hat dem Verfassungsschutz gerade noch gefehlt. Aber die Behörde hat sich den Gegner auch selbst zuzuschreiben. Wegen der Aktenschredder-Affäre steht der Inlandsgeheimdienst ohnehin nicht gut da. Und nun kommt dieser baden-württembergische Lehrer und will vor Gericht durchsetzen, dass man die Akten, die der Verfassungsschutz über ihn angelegt hat, erst offenlegt und anschließend vernichtet. „Ich möchte, dass es endlich ein Ende hat“, sagt der 42-Jährige.

Weil er in einer Heidelberger Antifa-Gruppe aktiv ist, wird Michael Csaszκόczy seit Jahren vom Geheimdienst beobachtet. Das Land Baden-Württemberg hat versucht, ihn vom Schuldienst fernzuhalten. Das war noch zu Zeiten der damaligen Kultusminister Annette Schavan und Helmut Rau (beide CDU). Sie beriefen sich auf die dünnen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, beispielsweise über Csaszκόczys Teilnahme an Protesten gegen den Irak-Krieg und gegen Angriffe auf Asylbewerber. So wurde seit dem Jahr 2004 die Debatte über Berufsverbote, die man eigentlich für eine Erscheinung des vorigen Jahrtausends gehalten hatte, neu entfacht.

Der Pädagoge klagte sich durch die Instanzen und errang 2007 vor dem baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof einen fulminanten Sieg. Die Richter zeigten sich sehr verwundert darüber, dass die Behörden etwas dokumentiert hatten, das „ersichtlich ebenso vom Grundgesetz gedeckt ist wie die freie Meinungsäußerung“.

So konnte Csaszκόczy, der zudem gute Noten hatte, schließlich doch noch Lehrer und Beamter werden. Der Staat musste ihm sogar fast 33 000 Euro Schadenersatz zahlen, weil er den Mann jahrelang wie einen Staatsfeind behandelt hatte. Längere Zeit hatte Csaszκόczy von Hartz IV leben müssen. Seit vier Jahren unterrichtet er nun in einer baden-württembergischen Kleinstadt Deutsch, Kunst und Geschichte an einer Realschule. Es läuft ganz gut, auch wenn am Anfang ein paar Neonazis vor der Schule aufmarschierten, um gegen den Antifa-Mann zu protestieren. Einige Eltern und Kollegen mögen den linken Lehrer und dessen kritische Sicht auf den Kapitalismus immer noch etwas argwöhnisch beäugen. Doch Csaszκόczy ist ein beseelter Pädagoge. Er sagt: „Indoktrination fände ich völlig daneben.“

Privat engagiert er sich weiterhin in der Antifa-Initiative und in einem Netzwerk, das gegen Berufsverbote protestiert. Allein das macht ihn für die Behörden offen-bar weiterhin zum Verdächtigen. Ruhe vor dem Geheimdienst hat Csaszκόczy jedenfalls noch immer nicht. Er selbst gibt so schnell allerdings auch nicht auf. Die vielen Jahre des Kampfes gegen sein Berufsverbot hätten ihn „gebeutelt“, sagt der Lehrer, der mittlerweile einen kleinen Sohn hat. Er wehrt sich weiter.

Csaszκόczy verlangt vollständige Auskunft darüber, welche Informationen das Landesamt in Stuttgart und das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln über ihn angelegt haben. Anschließend sollen die Akten vernichtet werden. Entsprechende Anträge hat Csaszκόczys Anwalt Martin Heiming bei den Behörden gestellt, bisher ohne Erfolg. Nun will er vor die zuständigen Gerichte ziehen, im Falle des Bundesamts für Verfassungsschutz ist das zu-nächst das Verwaltungsgericht Köln.

Das Amt beruft sich in einem Schriftwechsel, den Unterstützer des Lehrers auszugsweise veröffentlicht haben, auf die Einstufung der Heidelberger Antifa-Gruppe als linksextremistisch. Das gelte auch für den Verein „Rote Hilfe“, dem der Pädagoge angehöre. Ein paar der über Csaszκόczy gesammelten „Informationen“ hat der Verfassungsschutz in seinem Schriftwechsel preisgegeben: Lang und breit listet er die Aktionen auf, mit denen sich der Pädagoge gegen sein Berufsverbot zur Wehr setzte — ein

Berufsverbot, das ja, wie die Richter urteilten, rechtswidrig war. Dass man seinem Mandanten diesen legitimen Protest zum Vorwurf macht und in den Akten dokumentiert, hält Anwalt Heiming für „völlig absurd“.

Der Verfassungsschutz hat sogar Informationen über eine Kundgebung gespeichert, die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisierte. Das Verständnis von Meinungsfreiheit scheint in der Kölner Behörde, vorsichtig gesagt, nicht sehr weit gefasst zu sein. Die verweist in dem Schriftwechsel allerdings darauf, dass sich die Antifa-Arbeit, wie sie die Heidelberger Gruppe vertrete, keineswegs im Widerstand gegen Neonazis erschöpfe. Die Aktivisten würden das „kapitalistische System“ überwinden wollen, und die Anwendung von Gewalt werde in diesen Kreisen als legitimes Mittel betrachtet. Die Richter hatten dem linken Lehrer freilich attestiert, dass er sich von Gewalt distanziert. Bei einer Demonstration habe er sogar deeskalierend eingegriffen.

Für Michael Csaszkóczy ist es unbegreiflich, dass der Verfassungsschutz nach dem Aufliegen der Zwickauer Terrorzelle ausgerechnet Akten über Neonazis in den Reißwolf gab — aber die über den linken Lehrer gesammelten Informationen unbedingt behalten will. TANJEV SCHULTZ